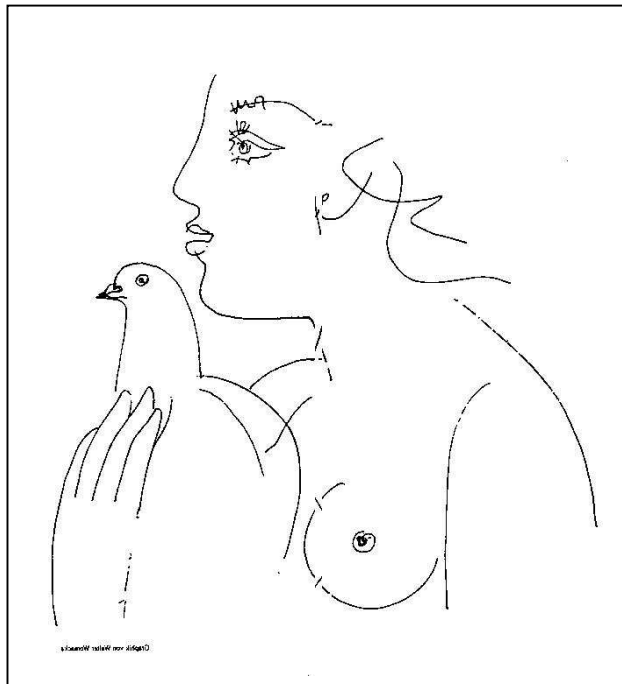


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 38



Die Schöpfung retten

Gegen Atomwaffen auf deutschem Boden,

für die Abschaffung aller Atomwaffen

von

Prof. Dr. Horst Schneider

Redaktionsschluss: 01.08.2007

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Sind die weltweiten Warnungen, dass die **Schöpfung** von einem atomaren Inferno bedroht ist, berechtigt? Der Dresdner **Historiker Prof. Dr. Schneider** ist im vorliegenden Text dieser Frage nachgegangen und dokumentiert ihre brennende Aktualität.

Eine dringende Mahnung zum Nachdenken und Handeln.

Die Existenz und die Drohung mit Atomwaffen sind entscheidende Elemente der Gefahren in der internationalen Politik. Ob die USA Nordkorea wegen des Besitzes oder des angeblichen Strebens nach atomaren Waffen zu einem „Schurkenstaat“ erklären und mit Aggression drohen, ob der „space war“¹ auch das Territorium Polens und Tschechiens einschließen wird und damit Russland zu Gegenschritten provoziert², ob Israel seine Atomwaffen als Drohpotential einsetzt, überall und zu jeder Zeit ist der Weltfrieden gefährdet.

Während „Regimewechsel“ unter dem Tarnmantel des „Kampfes für die Menschenrechte“ auch in Deutschland ihre lauten Befürworter und (geheimen) Organisatoren haben, ist die atomare Kriegsgefahr in den Reden von Politikern und den Medien kaum noch ein Thema.³

Satt dessen sind Rauchverbot, Luftverschmutzung (zu der die Rüstung scheinbar nicht beiträgt), Doping im „Radsport“ u. ä. zu Hauptnachrichten geworden.

Das war – mit Recht – nicht immer so.

Erinnern wir an ein historisches Datum: Am 12. April 1957, vor fünfzig Jahren, veröffentlichten 18 namhafte bundesdeutsche Wissenschaftler das „Göttinger Manifest“⁴, mit dem sie eine intensive Diskussion und wirksame Aktionen auslösten.⁵

¹ Wolfgang Scheler/ Ernst Woit: Kriege zur Neuordnung der Welt.

Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Berlin 2004, S.166 f.

² Rede Wladimir Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2007

³ Es lohnt sich, auch die Dokumente der entstehenden Linkspartei unter diesem Aspekt zu prüfen, vgl. Gregor Gysi: Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus, Vortrag an der Universität Marburg am 24. Januar 2007 an der Universität Marburg

⁴ Die Göttinger Achtzehn waren eine Gruppe von Atomforschern aus der BRD, die sich in der gemeinsamen Göttinger Erklärung gegen die damals angestrebte Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen wandten. Der Name Göttinger Achtzehn beruft sich auf gemeinsame akademische Anfänge vieler ihrer Mitglieder in der Universitätsstadt Göttingen und ist eine Anspielung auf die Göttinger Sieben – eine Gruppe Professoren, die 1837 gegen die Aufhebung der Verfassung im Königreich Hannover protestierten und deshalb entlassen sowie teilweise des Landes verwiesen wurden.

Damals forderte Bundeskanzler Adenauer Atomwaffen für die Bundeswehr, die er als „moderne Artillerie“ verniedlichte.

Verteidigungsminister Franz Josef Strauß trat mit dieser Forderung im Bundestag auf. Zum Glück für die weitere Entwicklung in Europa wirkten Widerstände bei den bundesdeutschen Alliierten, der Druck der Friedensbewegung und der Einfluss der DDR – Politik so stark, dass den bundesdeutschen Imperialisten der Griff nach der Atombombe nicht gelang.

Aber bis 1989 waren die Territorien beider deutscher Staaten Startplatz von Massenvernichtungswaffen und zugleich Ziel geplanter atomarer Schläge.

Noch im März 2007 verwies Egon Bahr, einer der damals wichtigsten Politiker, auf die in den achtziger Jahren entstandene Situation: „Wenn denn ein großer Krieg nicht zu vermeiden gewesen wäre, hätte man die eigenen Sanktuarien schonen und den Atomkrieg auf Europa begrenzt führen können“⁶ – Egon Bahr über die damalige Strategie der USA.

Eben deshalb hatten Egon Bahr für die SPD und Hermann Axen für die SED daran mitgewirkt, die Hauptgefahr, das atomare Inferno abzuwenden. Einer ihrer Vorschläge war im Juli 1988 die „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“, ein Vorschlag, der angesichts der neuen Vorstöße der USA in Europa wieder an Bedeutung gewinnt.

Auch manche Erkenntnis Bertha von Suttners, die Sie bereits im 19. Jh. in ihren Buch „Die Waffen nieder!“⁷ dargelegt hat, sind wieder hoch aktuell. Sie hatte Nobel in Kenntnis der verheerenden Wirkung der militärischen Nutzung des Dynamits zur Stiftung des Nobel-Friedenspreises angeregt: „Eine Vernichtung wird immer größer als die andere sein. Es geht gegen alle, gegen alle Menschen geht es. Man müsste sie zusammenrufen, man müsste ihnen Mut machen, sich zu wehren – so laut, dass die ganze Welt es hört.“⁸ Was würde Bertha von Suttner heute über die drohende atomare Katastrophe sagen?

In der meinungsbildenden Stimme des „Spiegel“ hieß es im Juli 2005 in Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki: „Seit Hiroshima droht ein

⁵ Wolfgang Beutin: Zur Geschichte des Friedensgedankens seit Immanuel Kant, Hamburg 1996, S.275 f.;

Ruth und Walter Wimmer: Friedenszeugnisse aus vier Jahrtausenden, Leipzig 1987, S.195 f.

⁶ Egon Bahr: Wir haben uns hinreißen lassen, Neues Deutschland 19.März 2007

⁷ Bertha von Suttner: Die Waffen nieder! Berlin 1989

⁸ Eine mutige Anwältin für den Völkerfrieden, Neues Deutschland 21. Juni 1989

Armageddon, das durch nichts und niemanden mehr aus der Welt zu schaffen ist.“⁹

Prüfen wir einige Aspekte deutscher historischer Erfahrungen.

Die Planung und der Bau der ersten Atombomben in den USA ist wohl die faulste Frucht der faschistischen Politik. Am Anfang ihrer Entwicklung stand ein Gespräch des berühmten emigrierten Physikers Albert Einstein mit drei anderen emigrierten Physikern im Sommer 1939 in seinem Ferienhäuschen in Long Island. Sie entwarfen den Brief – in deutsch -, der den USA-Präsidenten vor den „extrem starken Bomben neuen Typs“ warnte, die Hitler bauen lassen könnte.¹⁰

Es waren also deutsche Physiker, die den zögernden Roosevelt überzeugten, dass Hitlerdeutschland in den Besitz von Atomwaffen kommen könnte. Das löste in den USA die Aktivitäten zur Schaffung der ersten Atombomben aus. Das gewaltige Rüstungsprojekt unter dem Decknamen „Manhattan“ lief an.¹¹

Als die USA-Truppen in der Normandie landeten, war noch nicht klar, wann die erste Atombombe einsatzbereit sein würde und ob sie noch gegen eine deutsche Stadt – Dresden? – abgeworfen werden würde.¹²

Übrigens: In der NATO-Übung im Frühjahr 1989 war Dresden noch atomares Ziel.

Hiroshima und Nagasaki fanden im Deutschland des Jahres 1945 nur ein geringes Echo, wie überhaupt weltweit die Freude über den Frieden den Schatten der Atombomben überstrahlte.

Es vergingen Jahre, bis in der deutschen Öffentlichkeit die Gefahr des nuklearen Krieges zum Thema wurde.

Mit dem „Stockholmer Appell“, den der Weltfriedensrat am 19. März 1950 beschlossen hatte, trat die Gefahr, die von einem Atomkrieg ausgehen würde, stärker ins Bewusstsein auch vieler Deutscher. In der (alten) Bundesrepublik wurde er von zwei Millionen Bürgern unterzeichnet.¹³

Weltweit wurde der „Stockholmer Appell“ von etwa 500 Millionen Menschen unterschrieben. Das war eine beispiellose Aktion, die dazu

⁹ Gute Bombe , böses Kind, Der Spiegel 32/ 2005 S.102

¹⁰ Der Spiegel 31/ 2005 S.103

¹¹ Peter Rau: Der Bau der Bombe, Junge Welt 16./17. Juli 2005

¹² Der Spiegel 31/2005, S. 108

¹³ Lorenz Knorr: Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Köln 1983, S. 90

beigetragen hat, Millionen von Menschen zu sensibilisieren und Teile von ihnen zu aktivieren.

Als 1955 Albert Einstein, Frederic Joliot-Curie, der Präsident des Weltfriedensrates, Linus Pauling und Lord Bertrand Russell einen Appell veröffentlichten, in dem die Alternative begründet wurde:

„Entweder schaffen die Menschen die Atomwaffen ab oder die Atomwaffen die Menschheit“, entstand mit Hilfe des Millionärs Cyrus Eaton die **Pugwash-Bewegung**¹⁴. Ihr schlossen sich die Physiker Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg an, die zum Kern der „Göttinger 18“ wurden.

Bereits im März 1955 begannen die USA, **Atomwaffen 20 unterschiedlichen Typs in der BRD zu stationieren**.

Das geschah geheim und ohne Zustimmung der Bonner Regierung.

Er habe „nicht einmal die atomare Zielkartei gekannt“, empörte sich später Franz Josef Strauß, zwischen 1956 und 1962 Verteidigungsminister. Washington erlaubte einem Vertrauten von Strauß einen Einblick. Der Mann war entsetzt: „Es bleibt nichts mehr übrig von Deutschland.“ Manche Ziele sollten sogar mehrfach nuklear beschossen werden. „Nachheizen“ nannten das die Militärs. 1962 erklärten sich die USA immerhin bereit, die Verbündeten zu konsultieren, falls irgendwo auf der Welt ein Nuklearwaffeneinsatz anstand – „wenn die Zeit es erlaubt“. So steht es in den nun freigegebenen Unterlagen.¹⁵

Franz Josef Strauß ging in seinen „Die Erinnerungen“ auf die Ende der fünfziger Jahre entstandene Situation ein, die erst durch den „Mauerbau“ im August 1961 entschärft wurde. In einem Gespräch in Washington kurz vor dem „Mauerbau“ erfuhr Strauß davon, dass vor einem großen Schlagabtausch mit der UdSSR eine Atombombe auf dem Gebiet der DDR abgeworfen werden sollte. Er erinnerte sich: „Die Amerikaner brachten diesen Gedanken ernsthaft ins Gespräch, was schon daraus hervorgeht, dass sie uns nicht nur allgemein gefragt haben, sondern dass sie

¹⁴ Unter dem Eindruck der Atombombenabwürfe auf Japan und des anschließenden nuklearen Wettrüstens zwischen den USA und der Sowjetunion formulierte der Mathematiker und Philosoph Bertrand Russell 1955 ein Manifest, in dem er die bewusste Entscheidung gegen bewaffnete Konflikte forderte. Es rief insbesondere die Wissenschaftler dazu auf, die Gefahren der atomaren Bewaffnung zu erkennen: „Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Mit welchen Maßnahmen kann ein militärischer Wettbewerb verhindert werden, der für alle Parteien katastrophal enden muss?“ Das Manifest wurde neben Russell von zehn weiteren namhaften Wissenschaftlern unterzeichnet, darunter Albert Einstein. Es wurde zum Grundstein der Pugwash-Konferenz, die sich seit 1957 für nukleare Abrüstung einsetzt.

¹⁵ Klaus Wiegrafe: Veto gegen Atomkrieg, Der Spiegel 28/2005 S. 62

von uns wissen wollten, welches Ziel wir empfehlen. Das war die kritischste Frage, die mir je gestellt wurde. Ich sagte, diese Verantwortung könne niemand übernehmen. Ein Ziel wie Hiroshima oder Nagasaki komme, so meine eiserne Position, nicht in Betracht, damit würden wir uns trotz eines eventuellen Erfolges, nämlich Erzwingung der Zugänge zu Berlin, eine solche politische Last auferlegen, dass der Preis in keinem Verhältnis stände zum Ergebnis.

Der amerikanische Gedanke eines Atombombenabwurfs auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz hätte, wäre er verwirklicht worden, den Tod von Tausenden sowjetischen Soldaten bedeutet. Das wäre der Dritte Weltkrieg gewesen. Die Amerikaner wagten einen solchen Gedanken, weil sie sehr genau wussten, dass die Sowjets damals noch nicht über präzise treffende und zuverlässig funktionsfähige Interkontinentalraketen verfügten, auch nicht über einsatzgenaue Mittelstreckenraketen, die in Stellung zu bringen gewesen wären. **Der Krieg hätte also weitgehend in Europa stattgefunden, und zwar als konventioneller Krieg, dem die USA eine nukleare Komponente hinzufügen konnten. Solche Überlegungen sind am Sonntag, dem 13. August 1961, zum Glück Makulatur geworden.**¹⁶ „Zum Glück“, schrieb Strauß.

Wenn Strauß Recht gehabt hat, müssten die Schutzmaßnahmen der DDR und ihrer Verbündeten (wenigstens bei Linken) als große Friedenstat gewürdigt werden. Bei dem von Strauß befürchteten dritten Weltkrieg wäre wohl von Deutschland nicht viel übrig geblieben.

Dem Chronisten obliegt die Pflicht, daran zu erinnern, welche Rolle die Adenauer und Strauß mit ihren Plänen zur Bewaffnung der Bundeswehr spielten.

In der Bundesrepublik entstand eine neue Situation, als Konrad Adenauer am 4. April 1957 erklärte: „Die taktischen Atomwaffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, dass unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung mitmachen.“¹⁷

Konrad Adenauer erklärte Atomwaffen zu üblichen Waffen. Und reaktionäre Kreise setzten die Atombewaffnung der Bundeswehr auf die Tagesordnung.

Am 25. März 1958 beschloss die Regierungsmehrheit des Bundestages die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, nachdem Franz Josef Strauß am 20. März 1958 vor dem Bundestag erklärt hatte: „Es gibt heute für

¹⁶ Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin 1989 S. 388

¹⁷ Lorenz Knorr ... a. a. O. S. 93

die militärische Vorbereitung zur Verhinderung eines Krieges nur mehr einen einzigen Fall; das ist der Fall Rot und sonst keinen einzigen Fall mehr auf der ganzen Welt.“¹⁸

Es muss daran erinnert werden, dass der Beschluss des Bundestages zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr vom 25. März 1958 mit der Existenz der „weltrevolutionären Ziel des Kommunismus“, also mit der Lüge von der „roten Gefahr“ begründet wurde.¹⁹

Im gleichen Beschluss wurden

- der Abschluss eines Friedensvertrages für zwei deutsche Staaten,
 - Verhandlungen mit Vertretern des „Zonenregimes“,
 - eine Konföderation mit „diesem Regime“
- abgelehnt.

Die Konsequenz: Atomare Rüstung statt friedlicher Verständigung war die Konstante in der „Ostpolitik“ der Bonner Regierung.

Aber in diesem Fall hatte die Adenauerregierung die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Widerstandsaktionen entstanden und bündelten sich in wachsendem Maße. Es gibt eine Reihe von Würdigungen der Bewegung „Kampf dem Atomtod“, von denen die des „Urgesteins“ der bundesdeutschen Friedensbewegung Lorenz Knorr, einen besonderen Platz einnimmt.²⁰

Von besonderem Einfluss auf die Bewegung gegen den Atomtod war der Appell der „Göttinger 18“ vom 12. April 1957²¹, in dem berühmte Physiker die Verniedlichung der „taktischen Atomwaffen“ durch Adenauer entlarvten und ankündigten, in keiner Weise am Bau von Atomwaffen mitzuwirken.

Auch in den Gewerkschaften gab es eine breite Unterstützung der Bewegung „Kampf dem Atomtod“, die in einer Erklärung vom 10. März 1958 gipfelte: Der Atomtod bedroht die Menschen beiderseits der Grenze. „Einen Schutz dagegen gibt es nicht.“²²

In der SPD war der „Umfall“ von Godesberg noch nicht erfolgt. Auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD im Mai 1958 setzten sich in der Entschlie- ßung die Gegner der atomaren Bewaffnung durch.²³ Die bundesdeutsche

¹⁸ zitiert nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band 8, Berlin 1966 S. 490

¹⁹ Ebenda S. 490

²⁰ Lorenz Knorr: Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Köln 1983, S. 93 f.

²¹ Text in Geschichte der Arbeiterbewegung Bd. 8, S. 468/69

²² Ebenda S. 487

²³ Text der Entschlie- ßung des Stuttgarter Parteitages 1958 in Christoph Butterwegge/ Heinz-Gerd Hofschien: Sozialdemokratie, Krieg und Frieden, Heilbronn 1984, S. 302/303

Friedensbewegung erhielt Auftrieb und Unterstützung durch die Politik der DDR und durch die Vorschläge des britischen Außenministers Anthony Eden und der Außenminister der Volksrepublik Polen, Adam Rapacki, die einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa vorschlugen.²⁴

Als die NATO in dem „Nachrüstungsbeschluss“ vom 12. Dezember 1979, den Helmut Schmidt nachdrücklich gefordert hatte, dazu übergang, Pershing II-Raketen und andere Marschflugkörper aufzustellen, die in wenigen Minuten Moskau erreichen würden, entwickelte sich die „Krefelder Bewegung“. Sie entstand am 15./16. November 1980 und trat mit dem Appell an die Öffentlichkeit „Der Atomtod bedroht uns alle“.

Zu den Initiatoren des „Krefelder Appells“ gehörten Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta v. Uexküll und Josef Weber. Auf der Eröffnungsveranstaltung sprachen Generalmajor a. D. Gert Bastian, Prof. Dr. h. c. Karl Bechert, Prof. Dr. Gerhard Kade, Petra Kelly, Pastor Martin Niemöller, Klaus Thüsing, MdB, Peter Tümmers, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Oberst a. D. Josef Weber, Wim Albers, Abgeordneter des Europaparlaments, Niederlande, und General a. D. M. H. von Meyenfeldt, Niederlande.

Kernpunkt des „Krefelder Appells“ war die Forderung an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.“²⁵

Hier ist zwar nicht der Platz, um die Ziele, den Umfang und die Ergebnisse zu analysieren, die sich mit dem Begriff „Krefelder Bewegung“ verbinden,²⁶ aber sie führte die SPD-Politik, soweit sie Helmut Schmidt verkörperte und praktizierte, in die Krise. Sie erfasste Kirchen und Gewerkschaften und fand ihre Ergänzung in den Aktivitäten der „Generale für den Frieden“.²⁷

²⁴ Geschichte der Außenpolitik der DDR, Abriss, Berlin 1984, S. 87 f.

²⁵ Vgl. u. a. Wo steht die Friedensbewegung? Erfahrungen, Probleme und nächste Aufgaben im Kampf gegen die atomare Bedrohung, Blätter ... 6 und 7/1982; Karl D. Bredthauer Noch kann der Atomkrieg verhindert werden. Zur Lage am Beginn des „Stationierungsjahres“.

²⁶ Die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ waren für die „Krefelder“ von erheblicher Bedeutung

²⁷ Generale gegen Nachrüstung, Berlin 1983 Dem Beispiel der „Krefelder“ folgte Elmar Schmäling mit „Ohne Glanz und Gloria“. Die Bundeswehr-Bilanz einer neurotischen Armee, Düsseldorf, Wien, New York und Moskau 1991

Der deutsche General, der den Protest der Militärs gegen die „Nachrüstung“ organisieren half, war General Gert Bastian.²⁸

Einen instruktiven Ein- und Überblick über die Ziele und die Argumentation der „Krefelder“ bietet Karl D. Bredthauer, der analysierte, auf welche Weise und wozu die USA den nuklearen Erstschlag vorbereiteten, welche Rolle die „Nachrüstung“ spielte und warum die Deutschen die Hauptbetroffenen waren. Bredthauer analysierte Regierungsdokumente, Aussagen von Strategieplanern, Politikern, Militärs und Presseveröffentlichungen.²⁹

Die DDR hat mit ihrer konsequent auf Sicherheit und Frieden gerichteten Außenpolitik diese auch Bewegung unterstützt. Und es sei an ein Zitate Erich Honeckers aus dem Jahre 1981 erinnert „Ohne Zweifel sind heute neue zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um die Gefahr eines Krieges, zumal eines atomaren Infernos, zu bannen und die internationale Sicherheit zu festigen.“³⁰

Die Krefelder Bewegung, der sich schließlich auch Willy Brandt anschloss, half, jenen „Kreuzzug“ zu stoppen, den Ronald Reagan führte. Über dessen Konfrontationskurs urteilte George F. Kennan, der nach 1945 Einpeitscher des kalten Krieges gewesen war, im Jahre 1982: „Sie stützt sich auf so wilde und unwahrscheinliche Szenarios, auf ein so phantastisches Bild von der Monströsität unserer Gegner, sie lässt so viele unverkennbar wichtige Erwägungen aus und verrät eine so kindische Vorstellung von den Motivationswegen und Handlungsweisen großer Staaten, dass ich mich bei dem Gedanken ertappe, es müsse da etwas äußerst Wichtiges geben, was mir entgangen ist, sonst müsste ich wohl Rückschlüsse auf den Geisteszustand unserer Strategen in Washington ziehen, die ich bei dieser Gelegenheit nicht gern näher erläutern möchte.“³¹

Mit der friedlichen Herstellung der Einheit auf der Grundlage des 2+4-Vertrages³² erhielt Deutschland die historische Chance, aus der NATO auszutreten und souverän eine eigenständige Friedens- und Abrüstungs-

²⁸ Gert Bastian: Aspekte der Friedenspolitik 1981/9 S. 1033 f.

²⁹ Karl D. Bredthauer: Sage niemand, er habe es nicht wissen können, Köln 1983

³⁰ Bericht des ZK an den X. Parteitag der SED, in: Protokoll des X. Parteitages der SED, Berlin 1981. Bd. 1, S.44

³¹ George F. Kennan: Im Schatten der Atombombe. Eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1947 bis heute, Köln 1982, S. 279

³² Vertrag über die abschließende Regelung ... Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland Dokumente von 1949 bis 1994, Bonn 1995 S. 699 f.

politik zu betreiben. Diese Chance wurde vertan ebenso wie eine Verfassung, in der die Bürger ihren Friedenswillen hätte manifestieren können. Der deutsche Imperialismus nutzte die Gelegenheit, um seine Großmachtansprüche, „europäisch“ getarnt, in wachsendem Maße auch militärisch durchzusetzen. Der Krieg wurde wieder zur „Normalität“. Die Gefahren, die von Deutschland ausgehen, sind nicht mehr übersehbar.

Wie aber steht Deutschland zur atomaren Kriegsgefahr?

Ist es beruhigend, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag angehört?

Zunächst zur aktuellen völkerrechtlichen Situation:

Am 8. Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in den Haag beschlossen, „dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich/generell („generally“) gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würden, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.“ (Nummer 105 (2) E Absatz 1)³³

Damit entstanden auch für die Bundesrepublik Rechtspflichten, deren Konsequenzen bis heute nicht gezogen sind. Zwar hat die rotgrüne Regierung im Koalitionspapier von 1998 verkündet: „Die neue Bundesregierung hält an dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest und wird sich in Zusammenarbeit mit den Partnern und Verbündeten Deutschlands an Initiativen zur Umsetzung dieses Ziels beteiligen“ (Kapitel XI, Ziff. 6, Absatz 2), aber blieb bis 2005 beim beschriebenen Papier. Auch die Christin Angela Merkel sagt dazu nichts.

Das betrifft vor allem die „nukleare Teilhabe“ der Bundeswehr. Auf deutschem Territorium befinden sich Atomwaffen der US-Streitkräfte. Wie sich auch aus der „Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr“ vom 12. Juli 1994 eindeutig ergibt, werden im Rahmen der „Krisenreaktionskräfte“ der Bundeswehr „in der Luftwaffe sechs fliegende Staffeln (mit Tornado-Flugzeugen) für (...) nukleare Teilhabe“ bereitgehalten. Diese Tornado-Flugzeuge mit einer Reichweite von 550 bis 1400 km sollen im Krisenfall „als Trägersysteme dem Bündnis zur Verfügung“ gestellt werden. Die Einsatzplanung der Bundeswehr sieht damit vor, dass im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ deutsche Tornado-Flugzeuge mit Atomwaffen aus US-Beständen beladen werden könnten,

³³ Zitiert nach Dieter Deiseroth: Atomwaffen und Völkerrecht, Blätter für deutsche und internationale Politik, April 2005, S. 438

die dann von deutschen Piloten und Besatzungen gemäß den Plänen und Einsatztaktiken der NATO-Stäbe an den Einsatzorten abgeworfen und damit zur Explosion gebracht würden. Hierfür wird im militärischen Alltag regelmäßig geübt.³⁴ Diese „nukleare Teilhabe“ ist auch unvereinbar mit dem Artikel 3 des 2+4-Vertrages, der sich zum Status Deutschlands als Nichtkernwaffenstaat bekennt.³⁵ Mit dem Einsatz von Tornados in Afghanistan entsteht eine neue Situation.

Die USA haben als erstes und einziges Land Atomwaffen eingesetzt und drohen, es „vorbeugend“ wieder zu tun.³⁶ Laut „Spiegel“ hat das Atombombenpotential, das in Büchel bei Cochem gelagert wird – etwa 30 B-61-Atombomben -, um „die Welt in ein atomares Inferno zu verwandeln: Wenn es der Präsident der Vereinigten Staaten befiehlt, können die Massenvernichtungswaffen innerhalb kürzester Zeit an deutsche Tornado-Kampffjets gehängt werden. Im Tiefflug unter dem feindlichen Radar würden die Maschinen ihre tödliche Fracht bis weit nach Russland bringen – praktisch „unter dem Zaun durch“, wie die Herstellerfirma schwärmt. Mit 17.000 Tonnen Sprengkraft besitzt jedes Exemplar gut die zehnfache Zerstörungsmacht der Hiroshima-Bombe von 1945.“³⁷

Von deutschem Boden geht atomare Kriegsgefahr aus. Der USA-Präsident ist Herr über Leben und Tod von Millionen Deutschen.

Darf und muss nun an die **Bilanz der Atomkriegspolitik** erinnert werden, die „Der Spiegel“ anlässlich des 60. Jahrestages von Hiroshima und Nagasaki veröffentlichte?

Insgesamt wurden weltweit rund 128.000 Nuklearsprengköpfe produziert, von denen noch etwa 28.000 einsatzfähig sein dürften. Die Amerikaner führten 1030 Atomwaffentests durch, die Sowjets 715, die Franzosen 210, die Briten 45, und die Chinesen ließen 43-mal die Erde beben – das macht vom Tag der **Trinity in New Mexico** (*Der Trinity-Test war der Codename des US-Militärs für die erste jemals durchgeführte Kernwaffenexplosion am 16. Juli 1945.*) bis zur vorläufigen Einstellung aller Tests durch die offiziellen Atommächte durchschnittlich einen Nuklear-test alle zehn Tage. Die gesamte Sprengkraft dieser Versuche übertraf Hiroshima 34.000fach. Die 528 in der Atmosphäre durchgeführten Tests haben die Erde so verstrahlt, dass es nach vorsichtigen Schätzungen von Experten zu 430.000 tödlichen Krebserkrankungen kam; der Münchner

³⁴ Deiseroth a. a. O. S. 442

³⁵ Vertrag ... a. a. O.

³⁶ Ernst Woit: Vor 60 Jahren: Erster atomarer Massenmord, Marxistische Blätter 3/05 S.11 f.

³⁷ Der Spiegel 21/2005 S. 48

Strahlenbiologe Professor Roland Scholz geht gar von drei Millionen solcher nuklear verseuchten Opfern aus.³⁸

Das neue „Weißbuch“ der Bundeswehr 2006 geht an drei Stellen auf die Existenz und den möglichen Einsatz von ABC –Waffen ein.³⁹ Seine Verfasser glauben, mit „Abwehr – und Schutzaufgaben“ Sicherheit gewährleisten zu können. Und das nach den Erfahrungen in Afghanistan, Irak und anderswo!

Sicherheit läst sich nicht errüsten und nicht mit militärischen Mitteln durchsetzen.

Die vollständige Beseitigung von Atomwaffen ist eine existentielle Frage für die Menschheit und eine Bedingung für die Lösung auch sozialer und kultureller Aufgaben.*

An der Lösung dieser Aufgabe ist Politik zu messen.

Mit der Kampagne „**unsere zukunft – atomwaffenfrei**“ fordert der Trägerkreis Atomwaffen abschaffen - ein Zusammenschluss von über 40 unabhängigen Organisationen in Deutschland - einen wegweisenden Beitrag Deutschlands zu einer atomwaffenfreien Welt. Konkrete Schritte sind gefragt. Die Mitarbeit an der Einsatzplanung von Atomwaffen muss eingestellt und der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland veranlasst werden. Es dürfen keine Kampfbomber und Soldaten für den Einsatz von Atomwaffen bereitgestellt werden.

Die Kampagne startet im August 2007 mit dem Ziel, dass Deutschland bei der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 2010 vor den Vereinten Nationen verkündet: *"Deutschland ist atomwaffenfrei: Wir haben die nukleare Teilhabe beendet, als einen Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt."*

³⁸ Der Spiegel 32/2005 S. 108

³⁹ Weißbuch zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin 2006 S.90, 135, 136